Zeitschrift: Zeitschrift für öffentliche Fürsorge : Monatsschrift für Sozialhilfe : Beiträge und Entscheide aus den Bereichen Fürsorge, Sozialversicherung, Jugendhilfe und Vormundschaft

Herausgeber: Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe

Band: 67 (1970)

Heft: 1

Artikel: Die Not im Überfluss : 36 Millionen Arme in den USA

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-839029

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Not im Überfluß – 36 Millionen Arme in den USA

Washington. ag. AFP. «Die Not im Überfluß: ein amerikanisches Paradoxon». So lautet der Titel eines 400 Seiten umfassenden Berichts, den eine Expertenkommission Präsident Nixon unterbreitet hat.

Die Kommission war noch von Präsident Johnson bestellt worden. An ihrer Spitze steht Ben Heinemann, ein Industrieller. Sie setzt sich aus 20 Wirtschaftern, Soziologen und Geschäftsleuten zusammen, und ihre Untersuchung dauerte 22 Monate.

Die Experten empfehlen die Ausarbeitung eines Familienunterstützungs-Programmes, das von der Existenz von 36 Millionen Armen in den USA ausgeht. Sie empfehlen ferner die Abschaffung der Lebensmittelkarten, die heute an die Bedürftigen ausgegeben werden. Anstelle dieser sollen Familien, deren Jahreseinkommen unter 4800 Dollar liegt, eine Unterstützung erhalten.

Wo beginnt die Armut?

Washington. ag. DPA. Im reichsten Land der Welt sind nach den Worten von Präsident Richard Nixon Unterernährung und Hunger eine Angelegenheit von «nationaler Besorgnis».

Zur Eröffnung einer dreitägigen Konferenz über «Nahrung, Ernährung und Gesundheit» in Washington sagte Nixon: «Wir können nicht einfach weiterleben mit dem Bewußtsein, daß Millionen unserer eigenen Landsleute nicht genug zu essen haben.» Nixon fuhr fort, man wisse nicht genau, wie viele Amerikaner ungenügend, wie viele falsch ernährt seien. Auf jeden Fall aber gebe es davon zu viele. Schätzungsweise gebe es 25 Millionen Arme in den USA, und etwa 15 Millionen von ihnen litten direkt Hunger. Nixon erinnerte an seine bereits dem Kongreß vorgelegten Anträge zur Änderung des Wohlfahrtssystems. Darin seien für das nächste Jahr fünf Milliarden Dollar für Ernährungs- und Familienhilfe vorgesehen. Die Regierung wolle den Armen Hilfe zur Selbsthilfe gewähren. Es sei besser, ihnen Geld zu geben anstatt wie bisher Gutscheine zum Bezug von Nahrungsmitteln. «Unsere Aufgabe ist es, den Bedürftigen Mittel zur Verfügung zu stellen und ihnen damit die Möglichkeit zu geben, ihr Leben selbst zu gestalten.»

Nach dem Antrag der Regierung soll eine Familie mit einem Jahreseinkommen von 1600 Dollar Anrecht auf staatliche Unterstützung haben. Die vorbereitenden Ausschüsse der Konferenz halten jedoch schon ein staatliches Eingreifen bei einem Einkommen zwischen 5000 und 6000 Dollar pro Jahr für nötig. Selbst das amerikanische Wirtschaftsministerium zieht die Grenze zur Armut bei einem Einkommen von 3553 Dollar.

Eine Gruppe von privaten Sozialhelfern hat bereits vor Beginn der Tagung entschiedenen Protest gegen die Zusammensetzung der Konferenz angemeldet. Nach ihrer Auffassung sind unter den 3000 Delegierten zu viele, die Nahrung herstellen, liefern, verteilen sowie testen, und zu wenige, die Nahrung brauchen. Sie haben den Antrag gestellt, daß die Delegierten während der Tagung entsprechend den Wohlfahrtsansätzen leben sollen. Das würde bedeuten: ein Früh-